

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 2 14 08), Görresstraße

Nr. 95

Bonn, den 27. November 1954

VIII. Jahrg.

Ost-West-Sicherheit und Wiedervereinigung

Die Genugtuung, die man im Westen jetzt über die eindrucksvolle Einmütigkeit der westlichen Staatsmänner in den großen Fragen der Ost-West-Politik allgemein empfindet, hat in der Bundesrepublik teilweise Besorgnisse in der Richtung erweckt, der status quo könne nicht nur die Grundlage, sondern auch das Ziel der westlichen Politik werden.

Es besteht die verständliche Sorge, daß die Spaltung Deutschlands nicht nur im Augenblick als notgedrungen bittere Realität, sondern auch als politischer Zukunftsbestandteil eines status quo hingenommen werden könnte. Die Bundesregierung hat daher nachdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Auslegung der aktuellen Vorschläge, die der französische Ministerpräsident Mendès-France in den USA machte, sicherlich falsch ist. Sie hat an die wiederholten ausdrücklichen Erklärungen der Westmächte und an den Inhalt der Verträge erinnert, in denen das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, als selbstverständliche Aufgabe stets miteinbegriffen worden ist.

Eine sehr dezidierte Auseinandersetzung mit diesem Problem führt nun die Londoner Diplomatische Korrespondenz in ihrer letzten Ausgabe. Diese Korrespondenz kann für sich den Anspruch des offiziellen Spiegels der britischen Politik erheben und stellt deshalb zu den aktuellen Besorgnissen einen weit gültigeren Kommentar dar, als es jede deutsche Stellungnahme sein könnte. In dem Kommentar wird wörtlich u. a. ausgeführt:

„Die Anregung des französischen Ministerpräsidenten in seiner UNO-Rede, daß Sicherheits-Arrangements zwischen dem Westen und dem Sowjetblock getroffen werden könnten, ist in London mit Interesse vermerkt worden, aber man sieht in amtlichen Londoner Kreisen darin nicht ein aktuelles Projekt... Folgende Umstände müssen u. a. bei einer Beurteilung des Problems berücksichtigt werden:

1. Es ist zweifellos das Ziel der westlichen Nationen, zu einer Verständigung mit dem Osten zu kommen — nachdem zuerst die unerläßliche Basis westlicher Einigkeit und Stärke geschaffen worden ist —, die sowohl dem westlichen wie dem östlichen System Sicherheit gewähren würde. In allgemeinen Zügen sind solche Ideen schon mehrfach vorgebracht worden, zuerst durch Churchill mit seinem ‚Locarno-Gedanken‘ in seiner Rede vom 11. Mai letzten Jahres und kürzlich durch Dr. Adenauer wäh-

rend seines Besuches in Washington. Die Idee des französischen Ministerpräsidenten ist nicht unähnlich.

2. Die Erfüllung solcher Ideen ist jedoch schwer vorstellbar, solange Moskau die Teilung Deutschlands und Europas erzwingt.

3. Inzwischen hat der Westen bereits der Sowjetunion alle Zusicherungen gegeben, die sie vernünftigerweise erwarten kann: In den Londoner und Pariser Abkommen ist die feierliche Erklärung des Bundeskanzlers enthalten, daß die Bundesrepublik niemals zu Gewaltanwendung schreiten wird, um die Wiedervereinigung Deutschlands oder eine Abänderung ihrer gegenwärtigen Grenzen herbeizuführen; die Westmächte und die übrigen NATO-Mächte haben dieser Zusicherung durch ihre Erklärungen zusätzliches Gewicht verliehen. Dagegen

hat der Westen für seine eigene Sicherheit keinerlei entsprechende Zusicherungen des Sowjetblocks erhalten. Molotows Vorschlag für einen Vertrag „europäischer kollektiver Sicherheit“ ist im Gegenteil darauf gerichtet, das westliche Sicherheitssystem zu zerstören. Mendès-France hat in seiner UNO-Rede den treffenden Hinweis gemacht, daß die Westeuropäische Union Bestimmungen über Rüstungskontrolle und Begrenzungen enthält, während im militärischen System des Sowjetblocks keinerlei entsprechende Bestimmungen bestehen; vielmehr verstärkt der Sowjetblock weiterhin seine massiven Rüstungen, die denen des Westens beträchtlich überlegen sind.

4. Sobald der Westen durch das Inkrafttreten der Pariser Abkommen Stabilität erreicht und seine Position konsolidiert hat, würde nach Edens Worten eine neue Situation in Europa eintreten; dann könnten auch umfassendere Sicherheitsarrangements erwogen werden.

5. Wenn Moskau seine Haltung nicht ändert, würde der Westen selbstverständlich wünschen, daß eine Verschärfung in den Beziehungen zwischen den westlichen und östlichen Gruppierungen

Saardebatte um jeden Preis?

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist mit ihrem ersten parlamentarischen Antrag auf Abhaltung einer großen außenpolitischen Debatte bei der Mehrheit des Bundestages auf Ablehnung gestoßen. Es war unschwer zu erraten, daß sich die SPD mit dieser Ablehnung angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen und der hierfür gewünschten Agitationsmöglichkeiten nicht abfinden würde. Sie brachte also im Bundestag eine Große Anfrage ein über die Saar mit dem Ziel, eine Saardebatte im Bundestag zu erzwingen. Vom Wunsch der innenpolitischen Polemik her ist diese Anfrage an die Bundesregierung verständlich, sachlich begründet ist sie nicht.

Die Bundesregierung hatte bereits erklärt, daß sie bei der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Pariser Verträgen eine ausführliche Erklärung — auch über das Saarabkommen — abgeben würde. Eine sachliche und echte politische Notwendigkeit, eine Saardiskussion vorweg zu nehmen, fehlt also. Es kommt der SPD offenbar

nur darauf an, noch vor der Sitzung des Bundesrates am 10. Dezember, wenn dieser sich mit den Verträgen befaßt, diese Bundestagsdebatte herbeizuführen und eventuell diese Sitzung zu beeinflussen.

Es ist noch nicht klar, ob die Bundesregierung innerhalb der vorgesehenen 14-Tage-Frist die gestellte Große Anfrage der SPD beantworten wird oder nicht. Daß sie darauf antwortet, ist gewiß, denn die Regierungserklärung muß sich selbstverständlich mit den Themen beschäftigen, die die SPD angeschnitten hat. Aber selbst, wenn die Regierung die 14-Tage-Frist nicht einhalten sollte, kann der Bundestag auf Verlangen von mindestens 30 Mitgliedern eine Beratung herbeiführen. Da aber immerhin am 8. Dezember die Landtagswahlen in Bayern und Hessen vorüber sind, rücken doch möglicherweise wieder die sachlichen vor die agitatorischen Motive. Das wäre jedenfalls im Interesse unseres Ansehens nach Innen und Außen wünschenswert.

Sozialreform dringlich

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung haben in den hinter uns liegenden fünf Jahren eine Fülle sozialpolitischer Gesetze geschaffen. Wir sind auf dem Gebiete der Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein wirkliches Stück weitergekommen. Gleichgültig, wie man im einzelnen die getroffenen Entscheidungen beurteilen will, niemand kann ableugnen, daß etwa das Gesetz über das Mitbestimmungsrecht und das Betriebsverfassungsgesetz nach einer echten Konzeption entwickelt worden sind. Ich wage auch zu behaupten, daß die Lastenausgleichsgesetzgebung — die Möglichkeiten der Kritik an einzelnen Maßnahmen vorbehalten — auf einer echten Konzeption beruht, in der, ausgehend vom Grundsatz der Anerkennung des Eigentums, zugleich soziale Gedanken folgerichtig entwickelt werden. Die offene Frage ist also schlicht und einfach, wie nun im Rahmen einer gesamten Sozialreform weiter vorgegangen werden soll. Daß damit auch eine Überprüfung der beiden vorgenannten Komplexe gegebenenfalls erfolgen muß, sei am Rande vermerkt.

Voraussetzung für die Aufstellung einer Grundkonzeption ist eine Bestandsaufnahme sowohl der derzeitigen sozialpolitischen Ordnungen als auch der veränderten Grundlagen. Was in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts groß und für die Welt beispielhaft war, muß vom Grundsätzlichen her überprüft werden. Diese Bestandsaufnahme hat sich ebensowenig auf die Neuordnung der Sozialversicherung zu beschränken, sondern muß vielmehr den gesamten sozialpolitischen Raum — Versicherung, Ver-

sorgung und Fürsorge — umfassen. Von der rückschauenden Betrachtung und Bestandsaufnahme als Basis der Neuordnung hat der Gesetzgeber dann auch die Grundlagen für die künftige Entwicklung zu sehen.

Die Neuordnung der Sozialpolitik und im engeren Sinne, der Sozialreform, umfaßt ein weites Feld. Im Rahmen dieses auch nur die Vorarbeiten andeutenden Beitrages können daher nur wenige Einzelfragen herausgegriffen werden. Es ist ein Versuch, die Vielfältigkeit und Problematik der Aufgabe zu verdeutlichen.

Trennung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge

Eine wesentliche Forderung zur Neuordnung: Versicherung, Versorgung und Fürsorge sind in ihren Leistungen, ihren Empfängern und ihren Trägern klar voneinander zu trennen. Soziales Bedürfnis, soziale Leistung und Sozialträger sind einander zuzuordnen.

Soziale Sicherungsmöglichkeiten außerhalb der öffentlichen Sozialleistungen

Das letzte Ziel der Sozialpolitik — die Sicherung der Existenz und die Ordnung der menschlichen Beziehungen in einem sozialen Rechtsstaat — können nicht Aufgabe der öffentlichen Sozialpolitik allein sein. Welche Rolle spielen Familie und Betrieb heute auf diesem Gebiet? Soll man sie in die Neuordnung einbeziehen und wie kann man sie einbauen?

Differenzierung der Sozialansprüche und des Sozialaufwandes

Die „Rentenpsychose“ ist Ausdruck der steigenden und übersteigerten Ansprüche an den Staat. Diese Ansprüche gilt es, auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Hierbei ist eine Differenzierung der Sozialansprüche und damit des Sozialaufwandes nach Berufsgruppen und nach Lebensräumen notwendig. Hierher gehört auch die Überprüfung der berechtigten Ansprüche und Forderungen des unselbständigen und selbständigen „Mittelstandes“. Die Ansichten über Art und Umfang der sozialen Sicherheit sind in den Berufsgruppen unterschiedlich; damit unterscheiden sich auch Art und Umfang der sozialen Ansprüche. Zu untersuchen ist ebenfalls, ob und in welcher Weise die verschiedenen Lebensräume — Großstadt, Mittel- und Kleinstadt, Landgemeinde — zur Differenzierung beitragen.

Neuordnung der Sozialversicherung

Hierbei ist zunächst zu unterscheiden die Frage der Neuordnung der Versicherung, die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit im engeren Sinne zur Aufgabe hat. Dabei ist die Frage der Krankenversicherung der Invaliden und Rentner auf die Zweckmäßigkeit ihrer heutigen Form zu untersuchen.

Zur Neuordnung der sozialen Rentenversicherung ist es m. E. notwendig, einen Zeitpunkt festzulegen, an dem zwischen Alt- und Neubestand, zwischen Alt- und Neuleistungen getrennt wird. Es kann den Altversicherten nicht zugemutet werden, die Last der Verluste der Sozialversicherung durch Krieg und Kriegsfolgen allein zu tragen. Ebenso kann aber den Neuversicherten nicht zugemutet werden, mit ihren Beiträgen hierfür einzustehen und sich damit der Basis der eigenen Leistung zu begeben. Im ersteren Falle hat die Allgemeinheit, vertreten durch die öffentliche Hand, einzutreten und eine grundsätzliche Ordnung gesetzgeberisch zu schaffen. Es muß jedoch hier, wie bei allen Leistungen, die sowohl aus eigenen Leistungen wie aus Zuschüssen der öffentlichen Hand sich zusammensetzen, eine Trennung und damit Verdeutlichung in der Herkunft der Mittel durchgeführt werden. Im Falle der Neuversicherten bzw. des Neubestandes ist das Versicherungsprinzip durchzuführen. Sollte eine Prüfung ergeben, daß hiermit nicht auszukommen ist und Zuschüsse erforderlich wären, hat auch hier eine klare Trennung zu erfolgen.

Die Neuordnung der Sozialpolitik und damit eine grundsätzliche Sozialreform greift tief nicht nur in das öffentliche Leben, sondern auch in die private Sphäre jedes einzelnen Staatsbürgers ein. Der Staatsbürger darf, soll und kann nicht nur Objekt der Sozialpolitik im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates sein; dem einzelnen darf und soll das Risiko der Sicherung seiner Existenz nicht abgenommen werden. Eine unmittelbare Beteiligung der Leistungen des Empfängers der Sozialfürsorge an den Beiträgen zur Sicherung gegen die sozialen Risiken des Lebens bleibt daher auch bei der Neuordnung der Sozialpolitik zu fordern. Die Sozialreform ist nicht nur notwendig, sondern auch dringlich. Eile tut not, um die Sozialpolitik an die Entwicklung ihrer Grundlage anzupassen und sie zu befähigen, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Die meisten fanden Lehrstellen

In den Ländern des Bundesgebietes, in denen die Schulentlassungen im Frühjahr stattfinden (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Hessen, Baden-Württemberg), hat sich die Zahl der betreffenden Jugendlichen, die noch keine Lehrstellen eines bestimmten Berufs gefunden haben, von 131 000 Ende April auf 42 700 Ende Juli 1954 vermindert. Obwohl in diesem Jahr der in der Nachkriegszeit größte Jahrgang aus den Schulen entlassen wurde, sind in den ersten drei Monaten nach dem Schulentlassungstermin mehr als zwei Drittel der Berufsanwärter, die über das Arbeitsamt eine Lehrstelle suchten, im Beruf untergebracht worden.

Ost-West-Sicherheit ...

vermieden wird. Presseberichte, daß ein Ost-West-Abkommen über eine Begrenzung der Rüstungen in der Bundesrepublik und der Sowjetzone in einer vertraglich geregelten Beziehung zueinander erwogen werde, sind jedoch rein spekulativ und entbehren jeder amtlichen Grundlage. In diesem Zusammenhang dementiert man amtlich in London den Bericht einer westdeutschen Zeitung, wonach im Foreign Office geteilte Meinungen über die Wiedervereinigung Deutschlands bestünden und eine Schule eine vertragliche Verankerung der Teilung Deutschlands begünstige. **Man betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eindeutig das Ziel der britischen Regierung und ihrer Vorgänger war, ist und bleibt.** Wer die Reden der letzten Unterhausdebatte nachliest, kann keinen Zweifel darüber haben. Es gibt in Großbritannien nur eine Außenpolitik, nämlich die der britischen Regierung, und es ist völlig absurd, zu unterstellen, daß im Foreign Office verschiedene Schulen oder Richtungen bestehen.“

A I e Saargebiet

Bundesregierung begründet das Saarabkommen

Die Bundesregierung hat am 19. November dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen zum Statut der Saar überreicht und es gleichzeitig, in zehn Punkten zusammengefaßt, ausführlich begründet. Diese zehn Punkte, deren Inhalt wir stark gekürzt wiedergeben, stellen folgende Verbesserungen des Abkommens gegenüber dem bisherigen Zustand heraus:

1. Entsprechend seiner Präambel will das Abkommen nur gewisse „Grundsätze“ aufstellen, über die beide Regierungen „einig geworden“ sind und die die „Grundlage einer Lösung der Saarfrage“ bilden sollen. Das Abkommen trifft keine Bestimmungen über Einzelfragen, deren Regelung notwendig ist. Es bedarf der Ergänzung und näherer Ausführungen für die praktische Durchführung der Grundsätze.

2. Das Abkommen enthält keine Anerkennung der von der französischen Regierung geschaffenen bisherigen Lage. Um zu einer Neuregelung der Verhältnisse zu kommen, mußte diese Lage hingenommen und „vorausgesetzt“ werden. Das Statut erwähnt sie nicht; sie gehört daher auch nicht zu seinem Inhalt.

3. Da nach dem Statut die Saar nicht, wie nach dem von der Goes van Naters Plan, zu einem „europäischen Territorium“ werden soll, ist klagend festgestellt, daß die Saar weiter zu Deutschland in den Grenzen vom 31. 12. 1937 gehört.

4. Das Saarstatut ist nur in dem Sinn ein „europäisches Statut“, als seine Bestimmungen in den „Rahmen der Westeuropäischen Union“ gestellt sind. Das gilt besonders für die Ernennung und Abgrenzung der Zuständigkeiten des zu berufenden Saarkommissars.

5. Von besonderer Bedeutung ist Art. V, der vorsieht, daß auf allen Gebieten, auf denen das Statut nicht ausdrücklich die Zuständigkeit des Kommissars vorsieht, die Organe der Saar zuständig sind. Das bedeutet, daß französische Zuständigkeiten an der Saar künftig ausgeschlossen sind.

6. Eine grundlegende Veränderung gegenüber der bisherigen „Lage“ erblickt die Bundesregierung darin, daß die Saar nach Art. VII des Abkommens verpflichtet ist, an ihrer Verfassung alle Änderungen vorzunehmen, die erforderlich sind, um sie mit dem Statut in Einklang zu bringen. Das betrifft vor allem die Präambel der Verfassung. Die Saargesetzgebung über politische Parteien, Vereine, Zeitungen und öffentliche Versammlungen ist so zu ändern, daß die volle Freiheit der politischen Meinungsäußerung hergestellt wird. Die Freiheit der politischen Willensbildung wird auch dadurch gesichert, daß jede von außen kommende, also sowohl von der Bundesrepublik als auch von Frankreich kommende Einmischung, die auf die öffentliche Meinung an der Saar einwirken könnte, besonders in Form der Beihilfe und Unterstützung für politische Parteien usw. untersagt ist.

7. Die Begründung stellt fest, daß gegenüber 1945 insofern ein bedeutender Fortschritt erzielt wurde, als damals die angelsächsischen Mächte zugesagt hätten, Frankreich bezüglich der politischen Abtretung der Saar von Deutschland und ihrer Eingliederung in das französische Wirtschaftssystem zu unterstützen. Wenn sich nun Frankreich gegenüber der Bundesrepublik verpflichte, die Friedensregelung über die Saar ohne irgendwelche Beschränkung einer Volksabstimmung zu unterwerfen, so sei damit die Entscheidung über das endgültige Schicksal der Saar dem Willen der Saarbevölkerung überlassen.

8. Nach Herstellung der demokratischen Freiheiten soll der Landtag neu gewählt werden, da die Wahl des bisherigen Landtages demokratischen Erfordernissen nicht entsprach. Durch diese Neuwahl werde die Saarbevölkerung Gelegenheit haben, ein neues politisches Leben zu beginnen, bevor sie berufen sei, über ihr endgültiges Schicksal zu entscheiden.

9. Die Bundesregierung und die französische Regierung verpflichten sich, alles zu unternehmen, um der saarlän-

dischen Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten in weitem Umfang zu geben. Der künftige wirtschaftliche Status der Saar werde auf der Grundlage deutsch-französischer Zusammenarbeit geregelt werden. Die bisherigen wirtschaftlichen Konventionen würden fallen und durch ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt. Hierbei stehe der neue Begriff der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Gegensatz zum bisherigen Begriff der Wirtschaftsunion. Der neue Begriff sei offensichtlich der weniger umfassende und schließe alle Bestimmungen aus, die mit einer Partnerschaft nicht in Einklang stehen. Der Grundsatz der Herstellung gleichartiger Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Saargebiet werde auch auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes zwischen Bundesrepublik und der Saar hinzielen. Die Neuregelung soll so gestaltet werden, daß die Wiederherstellung einer französisch-saarländischen Zollgrenze nicht notwendig wird. Die französische Republik werde sich aus der Verwaltung sämtlicher saarländischen Kohlevorkommen zurückziehen. Die noch bestehenden Sequestermaßnahmen werden vor dem saarländischen Referendum aufgehoben werden. Dies sei besonders für die eisenschaffende Industrie der Saar von Bedeutung. Deutsche Banken und Versicherungen müssen von den zuständigen Stellen ohne Diskriminierung zugelassen werden.

10. Abschließend weist die Begründung darauf hin, daß die Entscheidung, die die Saarbevölkerung beim Friedensvertrag über ihr endgültiges Schicksal fälle, von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Saar auf der Grundlage des neuen Status abhängen werde. Der politische Wille, der in diesen Formen zur Geltung komme und der Geist, der sie erfülle, entziehe sich rechtlicher und vertraglicher Regelung.

27. November 1954

A V f Nordrhein-Westfalen

Wiedergewählte CDU-Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen

Im Lande Nordrhein-Westfalen finden gegenwärtig die gesetzlich vorgeschriebenen Wiederwahlen der Spitzen der Kreis- bzw. Stadtverwaltungen durch die Kreis- bzw. Stadtvertretungen statt. Nach uns bisher vorliegenden Meldungen wurden folgende CDU-Oberbürgermeister in nordrhein-westfälischen Großstädten wiedergewählt:

In **Essen** der bisherige Oberbürgermeister, Landtagsabgeordneter Dr. Toussaint; der **Aachen** der Oberbürgermeister Hermann Heusch wurde vom Rat der Stadt mit 38 Stimmen bei zwei Enthaltungen für weitere zwei Jahre wiedergewählt; in der Bundeshauptstadt **Bonn** der bisherige Oberbürgermeister Peter Maria Busen mit 30 von 39 abgegebenen Stimmen; in **Wuppertal** der bisherige Oberbürgermeister Schmeissing mit 32 Stimmen bei 20 Enthaltungen der SPD gegen 2 Stimmen. Zum dritten Male wählte der Rat der Stadt **Rheydt** Johannes Schulen mit 33 Stimmen bei 8 Enthaltungen zum Oberbürgermeister. In **Mönchen-Gladbach** wurde der bisherige Oberbürgermeister Dr. Finger, der vor zwei Jahren dem seitherigen Oberbürgermeister Innenminister Dr. Franz Meyer im Amt nachgefolgt war, einstimmig wiedergewählt. Der Rat der Stadt **Rheine** wählte an Stelle von Rechtsanwältin und Notar Dr. Biermann (CDU), der seit 1948 Bürgermeister der Stadt war und schon vor längerer Zeit den Wunsch ausgesprochen hatte, wegen seiner beruflichen Inanspruchnahme von diesem Amt entbunden zu werden, das Ratsmitglied Balduin Echelmeyer (CDU) mit 28 Stimmen bei 7 Enthaltungen zum Bürgermeister. — Der Rat der Stadt **Düsseldorf** wählte Oberbürgermeister Gockeln für zwei Jahre wieder. Gockeln, der gleichzeitig Präsident des nordrhein-westfälischen Landtages ist, erhielt 38 von 57 Stimmen bei 13 Enthaltungen und 6 Nein-Stimmen. Er ist bereits seit 1947 Oberbürgermeister von Düsseldorf. — Der bisherige Oberbürgermeister von **Köln**, Dr. Schwing, ist ebenfalls wiedergewählt worden.

27. November 1954

Die im Archivteil der „Union in Deutschland“ wiedergegebenen Vorgänge und Meinungsäußerungen bedeuten keine Stellungnahme der Redaktion, sondern dienen lediglich registrierend der Unterrichtung unserer Leser.

Vertriebene und Flüchtlinge

Der FORTSCHRITT und die „Karolinger“

Aus der „Empörung über deutsche Karolinger“, mit der seit 2 Wochen das Düsseldorfer Blatt „Fortschritt“ die Öffentlichkeit zu beunruhigen versucht, ist inzwischen eine Empörung über den „Fortschritt“ geworden. Die Behauptung der Wochenzeitung, daß in Köln ein Kulturkreis zur „Ausmerzungen expansiver Kolonisationskomplexe“ gegründet worden sei, hat insbesondere bei den Heimatvertriebenen im ganzen Bundesgebiet einen wahren Entrüstungssturm hervorgerufen. Als Ziele dieses „Kulturkreises“ werden die Aufgabe der deutschen Gebiete jenseits der Elbe und stärkere Hinordnung nach dem Westen im Sinne des deutsch-französischen Kulturabkommens genannt. Die deutschen Gebiete östlich der Elbe sollen von diesem Kulturkreis als Kolonien betrachtet werden, die im Laufe der letzten 1000 Jahre deutscher Geschichte „streng genommen entstanden sind wie die nach dem ersten Weltkrieg abgegebenen afrikanischen Kolonien“, nur daß sie einige Zeit länger in deutschem Besitz gewesen seien. Die Berichte über die Gründung dieses Kulturkreises seien der Redaktion des „Fortschritt“ so ungeheuerlich vorgekommen, daß sie sich erst nach sorgfältiger Nachprüfung zur Veröffentlichung entschließen konnte — schreibt die Zeitung. Als Träger dieses angeblichen karolingischen Kulturkreises bezeichnet der „Fortschritt“ u. a. „namhafte Persönlichkeiten des politischen und kulturpolitischen Lebens bis in die Umgebung des Kanzlers hinein, hohe Angehörige des Erzbischöflichen Stuhls Köln“.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat Köln hat es zunächst unter seiner Würde gehalten, die im „Fortschritt“ erhobenen Anschuldigungen offiziell zur Kenntnis zu nehmen. Ebenso hat der Bundeskanzler keinen Anlaß gesehen, derartige haltlose „landesverräterische“ Beschuldigungen, die angeblich seine Umgebung betreffen sollen, ernst zu nehmen. Die Tatsache aber, daß ein großer Teil der

Heimatvertriebenen-Presse und viele landsmannschaftlichen Vereinigungen, daß aber in gleichem Maße auch die übrige Öffentlichkeit sich mit der Meldung des „Fortschritt“ voller Empörung beschäftigt, hat nunmehr zu einer Stellungnahme der angesprochenen Seiten geführt.

So hat das Erzbischöfliche Generalvikariat Köln gegen den Chefredakteur des „Fortschritt“, Zoglmann, Strafantrag gestellt und sich vorbehalten, gegen jede Person strafrechtlich vorzugehen, die die in den Veröffentlichungen des „Fortschritt“ enthaltenen Behauptungen gegen den Erzbischöflichen Stuhl verbreitet.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am 25. Nov. erklärt, daß ihm weder die im

Artikel namentlich Genannten bekannt sind, noch aus seiner Umgebung sich Persönlichkeiten mit solchen landesverräterischen Plänen befaßt haben. Er hat den Bundesjustizminister gebeten, zu prüfen, ob die unbestimmten Verdächtigungen des „Fortschritt“ gegenüber seiner Umgebung zu einer strafrechtlichen Maßnahme gegen die Redaktion des Blattes ausreichen.

Man kann sich nur der Stellungnahme des Kölner Generalvikars Teusch anschließen, der feststellte, „daß der Versuch, wie er im „Fortschritt“ unternommen wurde, dem Erzbischöflichen Stuhl landesverräterische Bestrebungen zu unterstellen, eine Geschichtsfälschung von solcher Massivität und Gemeinschädlichkeit ist, wie sie seit Alfred Rosenbergs Mythos des XX. Jahrhunderts nicht mehr unternommen worden ist“. Es gibt eben nichts Rückschrittlicheres als den Fortschritt.

Berliner Wahlkampf mit SED

Unter den 14 Parteien, die sich am 5. Dezember in Berlin den Wählern stellen, befindet sich auch die SED. Der Wahlkampf ist angelaufen und befindet sich inzwischen auf vollen Touren. Auch die SED hat eingegriffen und bemüht sich sehr aktiv um die Gunst der Wähler. Es ist klar, daß der ganze Wahlkampf der SED ausschließlich vom Ostsektor her gesteuert und finanziert wird. Man scheut keine Mühen und Unkosten, um die sowjetische Satellitenpartei bei der Bevölkerung Westberlins populär zu machen. Beim Studium der Ostberliner Zeitungen, die sich täglich ausführlich mit den Wahlen beschäftigen, muß der unpolitische Leser den Eindruck gewinnen, daß nur ein Sieger aus den Wahlen hervorgehen kann, nämlich die SED.

Doch wie gestaltet die SED ihren Wahlkampf? Sie hält genau wie die anderen Parteien in allen Bezirken öffentliche Versammlungen ab und ist hierbei weder in der Raumfrage noch bei der Plakatierung irgendwelchen Behinderungen ausgesetzt. Sie genießt die gleichen Rechte wie die übrigen Parteien und macht davon starken Gebrauch. Man muß der SED eben genügend Gelegenheit geben, um sich am 5. 12. eine gründliche Abfuhr zu holen. Die SED-Wahlversammlungen haben bisher in allen Bezirken einen ruhigen Verlauf genommen. Dies ist besonders auf die Tatsache zurückzuführen, daß die großen Parteien CDU, FDP und SPD die Versammlungen nicht besuchen und nicht in Diskussionen eingreifen. Man ignoriert sie einfach und läßt die Genossen unter sich. Selbstverständlich sind die Versammlungen äußerst stark besucht. Sieht man sich die Besucher etwas näher an, so ist ohne weiteres zu erkennen, daß es sich außer ein paar

Neugierigen ausschließlich um bestellte Genossen aus dem Ostsektor handelt. Auch die in Westberlin wohnenden Angestellten der sowjetzonalen Reichsbahn werden ständig vom Dienst befreit und müssen als Dienst die SED-Wahlversammlungen besuchen.

Die Ostberliner FDJ-Bezirksleitung will sich besondere Verdienste erwerben, um ihre klägliche Rolle bei den Vorbereitungen zur „Volkswahl“ einigermaßen auszumerzen. Es geht also nebenbei um die Rehabilitierung einiger FDJ-Funktionäre. Zur Lenkung des gesamten Einsatzes ist ein Sonderbüro eingerichtet worden. U. a. wurden ca. 600 Jugendliche des Ostsektors und 100 aus Westberlin besonders für die Wahlversammlungen geschult. Hier werden sämtliche Diskussionsbeiträge und Zwischenrufe für die einzelnen Versammlungen festgelegt. Da also die anderen Parteien die SED ignorieren, ist sie völlig unter sich, und alles läuft programmäßig ab. Am Wahltage sollen die jetzigen Versammlungsteilnehmer und Diskussionsredner als Wahlschlepper eingesetzt werden. Wenig Erfolg hatten bisher die eingesetzten „Aufklärer“. Mancher Westberliner war nicht wenig erstaunt, als vor seiner Wohnungstür zwei Propagandisten der SED erschienen, um ihn mit den Segnungen der „DDR“ vertraut zu machen und die Forderungen der SED für Westberlin darzulegen. Doch mit diesen volksdemokratischen Methoden hatten die Genossen wenig Erfolg bei den Berlinern. In den meisten Fällen wurden sie sofort abgewiesen oder man stellte ihnen so peinliche Fragen, daß sie die Antwort schuldig bleiben mußten.

In den im Ostsektor gelegenen Großbetrieben sind sogenannte „Aktionsaus-

Es ist ein großes Ziel, Europa zu schaffen, und der Weg dahin ist weit, mühsam und steinig. Die europäischen Völker aber müssen sich freimachen von störenden Erinnerungen an die Vergangenheit. Sie müssen dem Nationalismus — nicht dem Nationalgefühl, ich betone das — endgültig Lebewohl sagen. Nur dann wird auch unsere Zukunft gesichert sein. Nur dann wird auch die Zukunft den anderen europäischen Völkern Sicherheit und Wohlfahrt bringen. Dieser Zusammenschluß wird uns auch das wiedergeben, was wir alle von ganzem Herzen wünschen und erhoffen: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und in Freiheit.

Dr. Konrad Adenauer.

Die vormilitärische Ausbildung der FDJ

Wie der Zentralrat der kommunistischen Jugendorganisation FDJ berichtet, haben in den letzten Jahren eine erhebliche Anzahl Mitglieder der FDJ eine gründliche vormilitärische Ausbildung in besonderen Ausbildungslehrgängen und in der Gesellschaft für Sport und Technik erhalten, so daß sie ohne weiteres in militärische Einheiten aufgenommen werden könnten. Zu diesen zählen nicht diejenigen FDJ-Mitglieder, die zur Zeit in der regulären oder kasernierten Volkspolizei Dienst tun. Diese Mitteilung des Zentralrats der FDJ besagt einmal, daß die Remilitarisierung in der Sowjetzone sich nicht in der Aufstellung von Vopo-Einheiten erschöpft, sondern die Jugend bereits in einem viel früheren Stadium erfaßt. Zum anderen besagt die Meldung, daß die große Massenorganisation der FDJ das Becken ist, aus dem der Nachwuchs für die KVP und die anderen militanten Organisationen der „DDR“ gewonnen wird.

Die vorliegenden Informationen aus allen Teilen der Sowjetzone bestätigen, daß seit Ende vorigen Jahres die Werbetätigkeit unter den jungen Leuten von 18 bis 24 Jahren verstärkt worden ist. Die Werber haben dabei die Feststellung machen müssen, daß immerhin ein erheblicher Prozentsatz der Jugend keineswegs begeistert für den Dienst in der Volkspolizei ist. Daher hat man gewisse Druckmittel angewandt, um den notwendigen Nachwuchs für die Volkspolizei zu sichern. Eine der am meisten angewendeten Methoden besteht darin, daß die Betriebsführung dem jugendlichen Angestellten oder Arbeiter eine Kündigung überreicht und ihn beim zuständigen Arbeitsamt für die Weitervermittlung sperren läßt. Der junge Mann wird dann vor die Wahl gestellt, entweder in den Uran-Bergbau oder für eine andere schwere Arbeit zwangsverpflichtet zu werden, oder aber den Verpflichtungsschein für eine dreijährige Dienstzeit in der Volkspolizei zu unterschreiben. Dabei werden ihm die Chancen, in der Volkspolizei schnell Karriere zu machen, in den schönsten

Farben ausgemalt. Es wird ihm versichert, daß er in der Volkspolizei mehr verdient als in anderen Berufen, in denen er dazu noch weit schwerere Arbeit zu verrichten hat.

Den Oberschülern, die kurz vor dem Abitur stehen, wird eine erleichterte Abschlußprüfung mit der Berechtigung zum späteren Universitätsstudium angeboten. Auch ist inzwischen die Beschränkung fortgefallen, nach der Jugendliche, die in Westdeutschland oder in West-Berlin Verwandte ersten Grades haben, in der Volkspolizei nicht dienen dürfen. Die Werber gehen also mit Zuckerbrot und Peitsche vor, um die Jugendlichen der Sowjetzone zum Dienst in der Volkspolizei zu verpflichten. Nach außen legt die Pankower Regierung großen Wert darauf, das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Anwerbung der jungen Leute zu betonen. Diese Freiwilligkeit ist angesichts der Druckmittel, die angewendet werden, nur eine Farce, die dazu dienen soll, das faktisch

bestehende System der allgemeinen Wehrpflicht in der Sowjetzone zu tarnen.

Parallel zu diesen organisatorischen Maßnahmen vollzieht sich die geistig-seelische Ausrichtung der Jugend auf den militanten Patriotismus östlicher Prägung. Hierbei spielt die Erziehung zum Haß gegen den Westen, die Erziehung zum „kämpferischen demokratisch-antifaschistischen Humanismus“ eine wichtige Rolle. Das gesamte Schulwesen der Sowjetzone und zahlreiche Spezialanstalten zur geistigen Ausrichtung der Jugend dienen dazu, die innere Bereitschaft für eine Neuaufgabe des Militarismus, diesmal östlicher Richtung, schon bei den jüngsten Pimpfen zu wecken. Die kommunistische Propaganda gibt sich nach außen hin gewiß alle Mühe, um den Eindruck der Friedfertigkeit und der Sorge um die Wiedervereinigung eines friedliebenden demokratischen Deutschlands zu erwecken. Jedoch wird man gut tun, die kommunistische Politik nicht nach ihren propagandistischen Bekundungen, sondern allein und ausschließlich nach ihren Taten zu beurteilen.

Verstärkung der atheistischen Propaganda

(Aus der sowjetischen Zeitung „Weg Lenins“)

„Die geistige Gestalt des Sowjetmenschen hat sich vollkommen geändert. Dies bedeutet indessen noch nicht, daß die Überreste der bürgerlichen Weltanschauung und die Überbleibsel der Privatbesitz-Ideologie bei uns schon vollkommen liquidiert worden sind. So gehören zum Beispiel die religiösen Vorurteile den schlimmsten und lebenszähesten Überbleibseln der Vergangenheit im Bewußtsein der Menschen an, die das menschliche Bewußtsein vergiften und die aktive Teilnahme am Gesellschaftsleben behindern. Darum ist die Verstärkung der gesamten kulturellen Massenarbeit notwendig — im einzelnen die Verstärkung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda. Eine große Rolle erhält dabei unsere Presse, insbesondere die Rayonszeitungen, die im Menschengewühl der Kolchosmassen ihren Leser finden.“

Die in Krasnogorsk erscheinende Zeitung „Weg Lenins“ hat begonnen, Material über die kulturelle Massenarbeit auf ihren Seiten öfter zu veröffentlichen. In ihrem Leitartikel „Die wissenschaftlich-atheistische Propaganda — in die breiten Massen“ schreibt die Zeitung, daß man gegen die Überbleibsel des Kapitalismus einen alltäglichen aktiven Kampf führen soll. Im Artikel heißt es, es gebe nicht wenig Fälle, wo an kirchlichen Feiertagen die Zahl der ihrer Arbeit nachgehenden Kolchosbauern sinkt. Mit Recht betont indessen die Zeitung, daß diese Menschen nicht deswegen von ihrer Arbeit fortbleiben, weil sie an irgendeinen Gott glauben, sondern weil sie unter den Einfluß der sogenannten Prediger der bürgerlichen reaktionären Moral geraten sind. Bekanntlich fordert die religiöse Moral die Gläubigen auf, sich nur um ihr persönliches Glück, um ihr persönliches Wohlergehen zu kümmern. Sie behauptet: „Jedermann für sich selbst, nur Gott allein für alle“. Ein solches Gebot spiegelt nur die Interessen der Ausbeuter

wider, die auf Rechnung der Werktätigen leben und außer ihren persönlichen Interessen nichts anderes wissen wollen. In derselben Nummer berichtet die Krasnogorsker Zeitung „Weg Lenins“ über die Rayonsberatung der Mitarbeiter der kulturellen Aufklärungsanstalten, auf der die Frage der Verstärkung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung erörtert wurde.

Bereitstellung weiterer LAG-Mittel

Der Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt billigte nachstehende Vorschläge des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes:

Planungsmäßige Bereitstellung weiterer 50 Milliarden DM für Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe als Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1955.

Bereitstellung weiterer 400 Millionen DM für die Hausratshilfe, da der zur Zeit verplante Betrag voraussichtlich bis Ende Februar verbraucht sein wird. Das Bundesausgleichsamt wird noch in diesem Rechnungsjahr für bestimmte Punktgruppen die Freigabe auch der zweiten Rate (für 75 und mehr Punkte) und eine weitere Herabsetzung der Punktgrenze für die erste Rate durchführen.

Festlegung von Verplanungen für das Rechnungsjahr 1955 für die Wohnraumhilfe in Höhe von 460 Millionen DM, für Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau in Höhe von 450 Millionen DM, für Darlehen zur Förderung des Siedlungswesens 100 Millionen DM, für Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft 50 Millionen DM und für Maßnahmen zur Milderung von Härten 40 Millionen DM, Ausbildungshilfen 100 Millionen DM, Heimförderung 10 Millionen DM.

Berliner Wahlkampf mit SED

schüsse“ gebildet worden, die die Aufgabe haben, die im Betrieb arbeitenden Westberliner zu beeinflussen und sie unter Druck zu setzen. Zu der Propaganda werden auch ständig angebliche Äußerungen in die Zone zurückgekehrter Flüchtlinge benutzt. Solche Stellungnahmen sollen die „unsozialen Zustände“ in Westberlin und der Bundesrepublik zeigen und die „Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht“ beweisen. Die Einwohner Westberlins kennen jedoch die wirklichen Zustände in der „DDR“ sehr genau und lassen sich durch keine Mätzchen beirren. Dies hat die SED inzwischen auch gemerkt. So nimmt es kein Wunder, daß bereits jetzt in der ostberliner Presse von angeblichen „Wahlbehinderungen und Schikanen“ gegen die SED gesprochen wird.

„Zur Beunruhigung kein Anlaß“

Eine Erklärung zur Kassenlage des Ausgleichsfonds

Vom Präsidenten des Bundesausgleichsamtes, Dr. Kühne, wird uns mitgeteilt:

„Mehrere Zeitungen haben Ausführungen über die Entwicklung der Kassenlage des Ausgleichsfonds gebracht, die geeignet sind, eine lebhaftere Beunruhigung der Öffentlichkeit, besonders unter den Vertriebenen und Sachgeschädigten, hervorzurufen. Zu einer derartigen Beunruhigung besteht kein Anlaß. Von einer kritischen Kassenlage kann keine Rede sein. Eine unerwartete Entwicklung ist nicht eingetreten.

Zur Deckung eines vorübergehenden Kassenbedarfs steht dem Ausgleichsfonds — wie dem Bund und allen Ländern — ein gewisser Kreditplafond zur Verfügung. Der Kreditplafond des Ausgleichsfonds beläuft sich auf 200 Mill. DM. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Ausgleichsfonds — erstmalig — in die Lage kommen wird, diesen Kreditplafond vorübergehend in Anspruch zu nehmen. Für diesen Zweck ist er ja auch geschaffen.

Die Entwicklung im Rechnungsjahr 1955, insbesondere die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben, die u. a. auch von der z. Zt. im Bundestag beratenden Novelle zum Lastenausgleichsgesetz abhängt, läßt sich jetzt noch nicht voraus-

sehen. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausgleichsfonds einen gewissen Anleihebedarf haben wird; damit ist von jeher gerechnet worden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die bisherigen Verplánungen, die die Schätzungen bei Erlaß des Lastenausgleichsgesetzes weit übertroffen haben und zum Teil ausdrücklich als Vorgriff auf die Mittel des nächsten Jahres bezeichnet worden sind, im Rechnungsjahr 1955 nicht mehr in der vollen Höhe des Vorjahres möglich sein werden. Aber ob und inwieweit tatsächlich eine Kürzung notwendig sein wird, hängt von der weiteren Einnahmen- und Ausgabenentwicklung und der Möglichkeit ab, Vorfinanzierungsquellen zu erschließen.

Es ist von jeher bekannt, daß es beim Lastenausgleich entscheidend darauf ankommt, die Millionenzahl der Vertriebenen, Sachgeschädigten, Währungsgeschädigten usw. mit den ihnen nach den Lastenausgleichsgesetzen zustehenden Leistungen nicht bis zu den Zeitpunkten warten zu lassen, zu denen die Einnahmen — verteilt bis zum Jahre 1979 — dem Ausgleichsfonds zufließen, sondern — durch Vorfinanzierungen — die dem Ausgleichsfonds zustehenden Ansprüche schon in möglichst früher Zeit den Geschädigten nutzbar zu machen.“

Hauptentschädigung nach neun Jahren abgeschlossen

Vor Vertretern der bayerischen Presse befaßte sich Bundestagsabgeordneter Hans Schütz mit aktuellen Problemen der Vertriebenenpolitik und der Entwicklung des Lastenausgleiches. Er betonte, daß die vorbereiteten oder zum Teil schon realisierten Verbesserungen des Lastenausgleichsgesetzes in erster Linie auf das Eintreten der größten Koalitionspartei zurückzuführen seien. Es sei auch ein politisches Anliegen der CDU/CSU, die abschließende Lastenausgleichsgesetzgebung, nämlich das im Jahre 1956 zu verabschiedende Lastenausgleichs-Schlußgesetz, vorzubereiten und zu realisieren.

Schütz erwähnte auch, daß sich die CDU/CSU nicht entschließen könne, die Dienstaufsicht über das Bundesausgleichsamts vom Bundesfinanz- auf den

Bundesvertriebenenminister zu übertragen. Die Lastenausgleichsabteilung des Finanzministeriums, die eine seit den Anfängen des Soforthilfegesetzes übernommene Tradition fortführe, habe vorzüglich gearbeitet. Das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Abteilung mit dem Lastenausgleichsausschuß des Bundestages sei es, daß bis jetzt bereits zehn Milliarden DM, davon allein 5,8 Milliarden DM für Kredite als Vorschuß auf die Hauptentschädigung, ausgezahlt werden könnten. Bei Beibehaltung des derzeitigen Tempos könne die Hauptentschädigung schon in neun Jahren abgeschlossen werden. Nach den derzeitigen Berechnungen würden dafür insgesamt rund 14 Milliarden benötigt. Da die anderen Hilfen laufend abnehmen, sei zweifellos auch mit entsprechenden

Erhöhungen der vorläufig festgesetzten Hauptentschädigungsbeträge zu rechnen.

Für die CDU/CSU stehe eine Änderung der Leitung des Bundesausgleichsamtes deshalb nicht zur Diskussion, weil sich ein derartiges Verhalten nicht mit der Grundauffassung über das Berufsbeamtentum decken würde, das eine Abberufung des derzeitigen Präsidiums nur bei Vorliegen schwerwiegender Gründe rechtfertige.

Bundesausgleichsamts wehrt sich gegen Eingabenflut

Das Bundesausgleichsamts macht in einer Presseerklärung darauf aufmerksam, daß es zwecklos sei, wenn sich Vertriebene, Flüchtlinge usw. in Lastenausgleichsangelegenheiten unmittelbar an oberste Bundesbehörden oder an das Bundesausgleichsamts wenden, ehe sie die Möglichkeit, ihr Ausgleichsamts oder die jeweils verantwortliche Aufsichtsbehörde einzuschalten, erschöpft haben. Nicht die obersten Bundesbehörden oder das Bundesausgleichsamts entscheiden über Feststellungs- und Leistungsanträge, sondern in erster Linie die Ausgleichsämter bei den Stadt- und Landkreisen. Schreiben an Zentralbehörden müßten an das zuständige Ausgleichsamts oder dessen zuständige Aufsichtsbehörde zurückverwiesen werden. Werden Anträge abgelehnt, enthalten die Bescheide eine Rechtsmittelbelehrung, die über das Recht zur Beschwerde an den Beschwerdeausschuß bzw. über den Weg zum Verwaltungsgericht Auskunft gibt. Wer sich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörden wenden will, sollte sich zunächst mit dem zuständigen Landesausgleichsamts oder dessen Außenstelle in Verbindung setzen. Jedes Ausgleichsamts gibt über die entsprechenden Anschriften Auskunft. Das Bundesausgleichsamts rät im eigenen Interesse eines jeden Geschädigten, auch bei Beanstandungen und Beschwerden zunächst eine Aussprache mit dem eigenen Ausgleichsamts zu suchen und sich erst bei Erfolglosigkeit dieses Bemühens an die nächst höhere Behörde zu wenden. Oft wird sich der Geschädigte dann seine beabsichtigte Eingabe ersparen können; mindestens aber wird er aus der Besprechung mit dem Ausgleichsamts erkennen, worauf es bei der Eingabe ankommt.

Zins- und Tilgungssätze für LAG-Darlehen

Das Bundesausgleichsamts hat in einer Tabelle alle Zins- und Tilgungssätze der LAG-Darlehen zusammengestellt:

Darlehensart:	Zinssatz:	Tilgung:
1. Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft	3 % jährlich	10 Jahre nach 2 Freijahren
2. Arbeitsplatzdarlehen	bis 1. 7. 1954 5 %	10 Jahre
a) für betriebliche Zwecke	dann 4 % jährlich	
b) für Wohnungsbau	zinslos	4 % jährlich
3. Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft	zinslos	elastisch von 2 bis 4 %
4. Darlehen an die Länder für Siedlungszwecke	zinslos	bis auf weiteres 2 %
5. Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau	zinslos	2 % jährlich
6. Wohnraumhilfe (Darlehen an die Länder)	nachstellig zinslos —	nachstellig 2 % jährlich
	erststellig nach marktüb. Zinssatz	erststellig 1 % jährlich
7. Heimförderung	zinslos	2 % jährlich
8. Investitions- und Betriebsmittelkredite	gewerbl. Wirtschaft höchstens 6 ³ / ₄ %,	
	Landwirtschaft höchstens 4 %	

70 000 Lehrer aus der Zone geflüchtet

Die Unterbringung der aus der Sowjetzone geflüchteten Lehrer ist eine der zahlreichen Nachkriegshypothesen, mit denen die Bundesrepublik belastet ist. Der Geschäftsführer der „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer“ in Düsseldorf, Alfred Klose, schätzt die Zahl dieser Pädagogen aller Schularten auf 70 000.

Nach den bei der Lehrervereinigung vorliegenden Informationen schwankt die Zahl der in die Bundesrepublik geflüchteten Lehrer zur Zeit um 100 pro Monat. Der Flüchtlingsstrom war nach Verkündung des sogenannten „Neuen Kurses“ in der „DDR“ vorübergehend abgeebbt, bis Ulbricht im März 1954 eine „Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen“ herausgab. Darin heißt es z. B.: „Jeder Lehrer hat sich als Funktionär der Arbeiter- und Bauernmacht zu fühlen.“ Man kann wohl die danach eingetretene Zunahme der Flüchtlingsziffern im wesentlichen auf diese Verordnung zurückführen.

Rund 60 bis 70 v. H. der geflüchteten Lehrer gehen wieder ihrem Beruf nach, wenn zunächst auch nicht immer unter günstigen materiellen Bedingungen. Von allen jetzt in der Bundesrepublik lebenden Lehrern aus Mitteldeutschland hat Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aufgenommen. Die Lehrervereinigung, die sich um die Sozialfürsorge für die Flüchtlinge bemüht, hat in den vier Jahren ihres Bestehens 1600 Lehrer aus der Sowjetzone bei der Arbeitssuche unterstützt und beraten. Sie kann dies, besonders bei den sogenannten „Neulehrern“, nicht tun, ohne eine genaue Vorstellung von den Motiven der Flucht zu haben. Darüber hinaus muß die Echtheit der vorgelegten Schul- und Hochschulzeugnisse geprüft und der Wert der üblichen beiden Lehrerprüfungen in der Ostzone sehr kritisch unter die Lupe genommen werden.

Diese Vorsichtsmaßnahmen sind aus politischen und fachlichen Gründen berechtigt. Auf Grund einer 1945 erlassenen Anordnung des damaligen sowjetischen Befehlshabers Marschall Schukow sind bisher rund 40 000 jüngere Neulehrer in einer Ausbildungszeit von zum

Der Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 hatte die außenpolitischen Ziele einer deutschen Regierung vorgezeichnet. Diese Ziele lauteten für die Bundesregierung: Wiederherstellung der inneren und äußeren Selbstbestimmung; Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit; Wiedervereinigung Deutschlands. Alle diese Ziele sind ohne Ausnahme in der Isolierung Deutschlands nicht zu erreichen. Das Mittel, um zu diesen Zielen zu gelangen, war und ist die Integration, die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker. Der von der Regierungskoalition und der Bundesregierung eingeschlagene Weg führt zu diesen Zielen.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in der Regierungserklärung zur Außenpolitik

Teil nur zwei bis fünf Monaten herangebildet worden. Die Ständige Kultusministerkonferenz der Länder der Bundesrepublik hat 1952 festgestellt, daß die Lehrerprüfungen für die Neulehrer nicht zu einer beruflichen Tätigkeit in

Eine Wahlkampfplüge

Auf einer gutbesuchten Versammlung in Amunau (Hessen) erklärte der Spitzenkandidat der Heimatvertriebenen der CDU, Richard Hackenberg, daß Behauptungen des BHE, auf der CDU-Liste stünde kein einziger Heimatvertriebener, glatte Unwahrheit seien. Auf der Landesergänzungsliste der CDU seien alle vertriebenen Volksgruppen vertreten. Es kandidieren u. a. Richard Hackenberg (Sudetendeutscher), Clemens Riedel (Schlesier), Josef Teppert (Ungardeutscher), Dr. Krause (Ostpreuße). Auch in einzelnen Wahlkreisen sind Heimatvertriebene aufgestellt. Es ist also sachlich völlig unrichtig, wenn behauptet wird, der BHE sei die einzige Repräsentanz der Vertriebenen. Der BHE in Hessen hat z. Zt. nicht so viel Abgeordnete im Landtag, wie Heimatvertriebene auf der Landesergänzungsliste der CDU stehen.

der Bundesrepublik berechtigen. Es wurde, für alle Länder verbindlich, angeordnet, daß Flüchtlingslehrer vor Aufnahme einer Lehrtätigkeit zwei bis drei Semester lang an einer pädagogischen Akademie studieren müssen.

Für beamtete Altlehrer ist der Status des politischen Flüchtlings Vorausset-

zung für den Bezug des früheren Gehalts, wenn die Flucht laut Novelle zum 131er Gesetz nach dem 31. März 1951 erfolgte. Eine Wiedereinstellung erfolgt in allen Bundesländern zunächst im Angestelltenverhältnis, das kann für einen beamteten Altlehrer eine Gehaltsverschlechterung bedeuten.

Im Beamtenverhältnis würde er nach den erhöhten Sätzen der Beamtenbesoldung in Nordrhein-Westfalen 725 DM monatlich beziehen. Ist er kein politischer Flüchtling, so kann sein Höchstgehalt nach der Tarifordnung für Angestellte (TOA) nur 501 DM betragen. Das Durchschnittsgehalt eines ehemaligen Volksschullehrers aus der Sowjetzone liegt bei seiner Wiederbeschäftigung in der Bundesrepublik im Angestelltenverhältnis durchschnittlich bei 430 DM.

Vernichtung von Urkunden

Die Bezirksgerichte der „DDR“ erhielten kürzlich eine vertrauliche Anweisung vom Justizministerium, nach der sämtliche Testamente zu vernichten sind, die sich bei den Gerichten der „DDR“ befinden und von Personen ausgestellt sind, die inzwischen nach der Bundesrepublik geflohen sind. Durch die Maßnahmen soll versucht werden, die wirklichen Eigentumsverhältnisse zu verschleiern. In der Anordnung wird weiter darauf hingewiesen, daß entsprechende Auskünfte, etwa zur Durchführung des Lastenausgleichsverfahrens in der Bundesrepublik, nicht erteilt werden dürfen. Bei privater Auskunftserteilung an Flüchtlinge werden den Angestellten der Gerichte hohe Strafen angedroht.

Saar: Erst Friedensvertrag entscheidet

Da in den verschiedensten Zeitungen und auch durch Veröffentlichungen des Gesamtdeutschen Blocks/BHE mit der Diskussion über das Saarabkommen sehr unklare Stellungnahmen herausgegeben worden sind, veröffentlichen wir nachstehend wörtlich eine Stellungnahme, die der Vorsitzende der Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE im Bundestag, Horst Haasler, im Nachrichtenendienst „Gesamtdeutscher Block-BHE“, Jahrgang 5/21, vom 1. 11. 1954 abgegeben hat. Es heißt dort:

„Rechtslage der deutschen Ostgrenzen unberührt — Erst Friedensvertrag entscheidet

Die Behauptung, daß die Bundesrepublik mit dem vorläufigen Saar-Statut den Sowjets eine Rechtfertigung für die willkürliche Abtrennung der deutschen Ostgebiete geliefert habe, ist unrichtig. Es ist im Gegensatz der Grundsatz durchgesetzt worden, daß die endgültige Entscheidung über die Saar erst im Friedensvertrag fallen kann und zwar mit Zustimmung der Bevölkerung! Die Bundesrepublik ist keine Verpflichtung eingegangen, die vorläufige Regelung in dem Friedensvertrag zu übernehmen; sie wird in der Vertretung des deutschen Standpunktes frei sein!

Wir würden es als ungeheuren Fortschritt empfinden, wenn der Osten dem-

entsprechend die Oder/Neiße-Linie nicht als die endgültige Grenze anerkennen wollte und den in den Ost-Provinzen Geborenen die Entscheidung über das Schicksal ihrer Heimat überlassen würde! Wir sollten uns, dagegen verwahren, daß aus parteipolitischen Gründen, unter Entstellung der wirklichen Rechtslage dem Osten Argumente geliefert werden. Wir werden diesen Standpunkt auch nachdrücklichst dann zu vertreten haben, wenn wir etwa zu einer Ablehnung der Pariser Vereinbarungen kommen.“

Deutsche Kinder werden zurückgehalten

Nach Angaben Jugendlicher, die mit den letzten Transporten volksdeutscher Kinder aus Jugoslawien in Österreich eintrafen, werden von den jugoslawischen Behörden noch mehrere hundert deutsche Kinder zurückgehalten, deren Eltern vertrieben oder verschollen sind. Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang die Zahl von mindestens 300 zurückgehaltenen Kindern erwähnt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Volksdeutsche, die im wehrfähigen Alter stehen, vor der Zusammenstellung der jetzt durchgeführten Transporte von den Jugoslawen ausgesondert und mit unbekanntem Bestimmungsort fortgeschafft worden wären.

CDU gegen Rentendeckungsplan des Finanzministeriums

Der vom Finanzministerium dem Bundeskabinett vorgelegte Deckungsvorschlag für die Erhöhung der Kriegsofferrenten ist in Bonn weitgehend auf Ablehnung gestoßen. Das Finanzministerium hatte vorgeschlagen, daß die Hälfte der erhöhten Grundrenten bei den Kriegsoffern, die ein ausreichendes Einkommen besitzen, ruhen solle, bis sie auf die Beträge angewiesen seien. Ein Sprecher des Bundeskanzleramtes wies am 23. November darauf hin, die vom Finanzministerium abgegebene Erklärung, es handele sich bei den bekanntgegebenen Plänen zur Kriegsofferregelung bereits um einen Beschluß der Bundesregierung, sei ein Mißverständnis. Es handele sich vielmehr, wie weiter mitgeteilt wurde, nur um eine von mehreren Deckungsmöglichkeiten. Die Frage, wie die Mehraufwendung anderweitig gedeckt werden solle, wird vom Kabinett noch in weiteren Beratungen behandelt werden.

Starke Bedenken gegen den Plan des Finanzministeriums wurden vor allem auch in den Kreisen der CDU/CSU-Fraktion geäußert. Nach Auffassung des Abgeordneten Kunze, der Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Fraktion ist, wird die größte Regierungspartei nicht bereit sein, den Vorschlag als diskutierbar zu betrachten. Kunze wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die vom Finanzministerium vorgebrachte Auffassung, diese Frage werde als Probestfall für die Bereitschaft des Parlaments angesehen werden können, ob es für die Sozialreform ernsthaft zu haben sei. Man könne die Kriegsofferversorgung nicht zum Ausgangspunkt einer Sozialreform machen, zumal, wenn sie mit einer Kürzung von rechtlich zustehenden Leistungen beginnen solle.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. von Brentano, erklärte zu den Auseinandersetzungen über die Kriegsofferversorgung: Die Fraktion der CDU/CSU hält ihre Vorlage unverändert aufrecht. Sie erblicke in dieser Vorlage eine soziale Verpflichtung, deren Erfüllung keinen Aufschub erdulde. Angebliche Äußerungen eines Beamten des Bundesfinanzministeriums zu dieser Frage seien, so erklärte Dr. von Brentano weiter, für die Entscheidung der Fraktion belanglos. Die Vorlage solle ausschließlich der Verbesserung der Kriegsofferversorgung, in keinem Falle aber einer bloßen Änderung oder gar Verschlechterung der bisherigen Leistungen dienen. Zu den bisher gewährten Mitteln zusätzliche rund 420 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Meldungen, daß im Einzelfall Renten gekürzt werden oder vorübergehend ruhen sollten, bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU als unrichtig. Die Fraktion werde ihre Vorlage im Bundestag einmütig vertreten. Sie habe alle Aussicht auf Verwirklichung, denn die Vorbesprechungen mit den anderen Fraktionen des Bundestages hätten zu einer vollen Übereinstimmung geführt. **27. November 1954**

A IV 6 c Arbeitseinsatz**Fast 2 Millionen jugendliche Beschäftigte**

Ende September 1954 waren im Bundesgebiet 1 977 700 Jugendliche unter 18 Jahren (darunter 1 113 900 männliche) beschäftigt, das waren 205 600 mehr als Ende September 1953. Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Beschäftigten schwankt bei den einzelnen Berufssparten zwischen 3,1 und 18,1 Prozent. Die höchsten Anteile an beschäftigten männlichen Jugendlichen zeigen die Schmiedereien und Schlossereien mit 43,6 %, die Klempnereien mit 33,6 %, die niedrigsten die Besatzungsmächte (0,3 %). Weibliche Jugendliche sind stark vertreten im Friseurgewerbe (39 %) und bei den Fleischereien (35,3 %), wenig bei den Besatzungsmächten (0,5 %) und der Bundesbahn (0,7 %). **27. November 1954**

A IV 1 i Presse, Film, Funk**Staatsvertrag über Norddeutschen Rundfunk**

Die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben einen Entwurf für einen Staatsvertrag zur Gründung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt ausgearbeitet. Der Entwurf wird noch in diesem Jahr vom Hamburger Senat und den beiden Länderkabinetten behandelt. Die Gründung einer Norddeutschen Rundfunkanstalt wird notwendig, nachdem sich Nordrhein-Westfalen entschlossen hat, eine Westdeutsche Rundfunkanstalt mit dem Sender Köln zu bilden. Die drei norddeutschen Länder verhandeln mit Nordrhein-Westfalen bereits über eine gemeinsame Dachorganisation. **27. November 1954**

Dr. Dehler hat Sorgen

Es gebe weder einen sozialistischen noch einen christlichen, sondern nur einen liberalen Staat, behauptete auf einer Wahlversammlung in Frankfurt der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Thomas Dehler. Sozialismus und „politischer Katholizismus“ hätten sich in der Vergangenheit der Erkenntnis widersetzt, daß Freiheit das oberste Gesetz im Staate sei. „Wir haben wieder Sorge, die Dinge könnten nicht gut gehen“, erklärte Dehler. Nach 1945 seien zwar die katholische Kirche und katholische Politiker in die Bresche gesprungen, um Europa zu ordnen, man müsse aber schließlich erkennen, daß Europa sich nicht im christlichen Sinne gestalten lasse.

(Ist noch nicht dementiert).

27. November 1954**A II c 2 Bundeskanzler****Dr. Adenauer gegen Dehler**

Der Bundeskanzler hat am 24. November in Bayreuth vor dreihundert Vertretern der nordbayerischen Wirtschaft erklärt, wann die Wiedervereinigung einmal komme, könne heute niemand auf der Welt sagen. Es gebe keine Anzeichen für einen neuen politischen Kurs der Sowjetunion, auch wenn Malenkov westlichen Botschaftern beim Sekt auf die Schulter klopfte.

Scharfe Kritik übte der Bundeskanzler an Dr. Dehler, der sich in letzter Zeit bemühte, viel Porzellan zu zerbrechen. In den vitalen Fragen der Außenpolitik habe die Parteipolitik zu schweigen. Die Äußerung Dehlers, er sei bereit, unfreie Wahlen in Kauf zu nehmen, denn ein künftiger Reichstag werde mit hundert SED-Leuten fertig werden, sei eine Ausführung, die ein führender deutscher Politiker nicht machen dürfe. Mit unfreien Wahlen nehme er auch alle staatlichen Unfreiheiten in Kauf. Derartige Äußerungen schädigten das deutsche Ansehen im Ausland außerordentlich, was besonders bedauerlich sei, nachdem es gelungen sei, Amerika von der Notwendigkeit der Politik freier Wahlen zu überzeugen.

27. November 1954**A IV 1 f Kirchen****Kölner Generalvikariat stellt Strafantrag gegen Zeitschrift**

Als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnete das Generalvikariat in Köln die Behauptung der Zeitschrift „Der Fortschritt“, hohe Angehörige des Erzbischöflichen Stuhles in Köln seien an der Gründung eines deutsch-karolingischen Kulturkreises beteiligt. Generalvikar Teusch erklärte, daß damit der Versuch unternommen werde, dem Erzbischöflichen Stuhl landesverräterische Bestrebungen zu unterstellen. Teusch nennt dies „eine Geschichtsfälschung von solcher Massivität und Gemeinschädlichkeit, wie sie uns seit Rosenbergs ‚Mythus des 20. Jahrhunderts‘ nicht mehr begegnet ist.“

Das Generalvikariat hat gegen den verantwortlichen Redakteur Strafantrag gestellt.

Der BHE-Landesverband Hessen hat, wie das Generalvikariat weiter ausführt, bereits im hessischen Wahlkampf ein Flugblatt verbreitet, in dem der Artikel abgedruckt ist. Das Generalvikariat hat den BHE aufgefordert, sofort ein Berichtigungsflugblatt herauszugeben und entsprechende Richtigstellungen in Zeitungen zu bringen. Chefredakteur des „Fortschritt“ ist der der FDP angehörende Siegfried Zoglmann, der früher führender Nationalsozialist war. **27. November 1954**

Dem Bundeskanzler unbekannt

In der Wochenzeitung „Der Fortschritt“ Nr. 46 vom 11. 11. 1954 sind in einem Artikel „Deutsche Karolinger“ vertratene Deutsche jenseits der Elbe“ Behauptungen aufgestellt, die den Eindruck erwecken, als stehe der Bundeskanzler mit einem deutsch-karolingischen Kulturkreis in Köln in Verbindung, der die deutschen Provinzen jenseits der Oder-Neiße abschreiben und die Wiedervereinigung preisgeben wolle. Dem Bundeskanzler sind weder dieser Kulturkreis noch die in dem Artikel genannten Personen bekannt. Die Berichterstattung des „Fortschritt“ entbehrt insoweit jeglicher Grundlage. Der Bundeskanzler hat den Bundesminister der Justiz um Prüfung gebeten, welche strafrechtlichen Maßnahmen gegen die für die Herausgabe des Artikels verantwortlichen Personen ergriffen werden können. **27. November 1954**

Wahlkampf im Zeichen der Kulturpolitik

Der bayerische Wahlkampf ist auf Hochtouren gekommen. Die Gegner der CSU, besonders die SPD und die FDP, dürften den Zenit ihres Zornes erreicht haben. Das offensichtlich letzte Tröpfchen, das das Faß ihres Unmutes zum Überlaufen brachte, war der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in Bayern, der am Sonntag von allen Kanzeln verlesen wurde.

Man wirft der katholischen Kirche vor, mit ihrem Hirtenbrief eine so einseitige Wahlhilfe für die CSU geleistet zu haben, wie sie bisher in Bayern seit 1945 von der katholischen Kirche noch nicht erfolgt sei, und nimmt den Hirtenbrief natürlich wieder einmal zum willkommenen Anlaß, um das Märchen von der „klerikalen“ CSU zu verbreiten.

Wozu der Lärm? Wir möchten zunächst feststellen, daß es sich hier nicht um einen Wahlauftrag der CSU, sondern um einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe handelt. Wer wollte es ihnen ernsthaft verwehren, mit Nachdruck dafür einzutreten, daß ihr Anliegen, die christliche Erziehung der Kinder in christlichen Bekenntnisschulen, verwirklicht wird? Die katholische Kirche steht nun einmal (wie übrigens auch viele evangelische Kirchenführer, unter ihnen Bischof Meiser) auf dem Standpunkt, daß die Kinder ihrer Gläubigen christlich erzogen werden sollen und daß das am besten von gläubigen katholischen bzw. evangelischen Lehrern in katholischen und evangelischen Schulen geschieht.

Die CSU vertritt dem Willen ihrer Wähler gemäß die Freiheit des unbedingten und uneingeschränkten Elternrechtes. Die Situation ist damit im krassen Gegensatz zu den Behauptungen der CSU-Gegner eindeutig so, daß während die CSU das natürliche Recht der Eltern sichern will, über die Erziehung ihrer Kinder frei zu entschei-

den, die Gegner der CSU eine staatliche Entscheidung zugunsten der Einheitschule über den Willen der Eltern hinweg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen wollen.

Wer ist unduldsam?

Der Beweis für die Richtigkeit dieser Feststellung ist nicht schwer zu erbringen: Zu einer Zeit, wo in Bayern die CSU die absolute Mehrheit hatte, wurde gesetzlich bereits für 25 Kinder eine eigene Gemeinschaftsschule neben der Bekenntnisschule zugelassen. Zu einer Zeit aber, wo die Sozialdemokratie über Niedersachsen herrscht, wird dort eine Bekenntnisschule — neben anderen Voraussetzungen — erst bei einer Anmeldung von 125 oder gar 240 Kindern zugelassen. Und während die CSU Lehrer-

Worum geht es in Hessen?

Der hessische Wahlkampf, der am 28. November zur Entscheidung kommt, ging im wesentlichen um die Frage, ob das Land Hessen weiter von einer sozialdemokratischen Alleinregierung beherrscht werden soll, die zudem sich nur auf eine Minderheit der abgegebenen Stimmen stützte.

Drei Problemen hat die hessische SPD in den vergangenen vier Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Der Sozialisierung, dem Hessen-Plan und dem Wohnungsbau. Im Wahlkampf wies die hessische Regierung besonders auf den Hessen-Plan und den Wohnungsbau hin, die angeblich zu großen Erfolgen der hessischen Landespolitik geworden seien.

Ziel des 1950 verkündeten Hessen-Plans sollte es sein, 100 000 Flüchtlinge näher an ihr Arbeitsgebiet und die Existenzmöglichkeiten heranzuführen. Von den 100 000 Flüchtlingen wurden aber bis 1954 nur 41 000 umgesiedelt. Statt der geplanten 25 000 neuen Arbeitsplätze konnten nur 11 800 geschaffen werden und aus den für die Flüchtlinge vorgesehenen 25 000 Wohnungen wurden 9000.

Der hessische Wohnungsbau entspricht zwar dem Bundesdurchschnitt, die meisten Gelder hat aber in den vergangenen vier Jahren der Bund beigesteuert. (Von 10 neuen Wohnungen wurden 8 aus Bundesmitteln finanziert.) Entsprechend der allgemeinen Tendenz der Sozialdemokratie wurden die großen Wohnungsbaugenossenschaften viel zu stark eingeschaltet, und der Bau von Eigentumswohnungen blieb zurück.

Die hessische Sozialisierung wurde von der SPD in diesem Wahlkampf überhaupt nicht mehr erwähnt, weil dieses mißglückte Experiment bereits im Juli 1954 durch ein Abschlußgesetz beendet worden ist. Nach Artikel 41 der hessischen Verfassung sollten ab 1946 alle Bergbaubetriebe, die Kohle, Erz und Kali ge-

bildungsanstalten sowohl für die Bekenntnisschulen als auch für die Gemeinschaftsschulen garantieren, wollen ihre Gegner nur die simultane Lehrerbildung zulassen und damit die Heranbildung von geeigneten Lehrern für Bekenntnisschulen verhindern. Und drittens: Während die CSU noch nie die Beseitigung der Gemeinschaftsschule erwogen hat, streben ihre Gegner praktisch die Liquidierung der Bekenntnisschule an, und das unbekümmert um die zwingenden Rechtsvorschriften der Verfassung und die seit dreißig Jahren bestehenden Staatsverträge mit den Kirchen.

Das sind die Tatsachen! Die bayerischen Wähler werden am 29. November Gelegenheit haben, zu manifestieren, was sie höher bewerten und ob sie die Fortsetzung einer Politik unter Führung der CSU, die Bayern zu einem der gesicherteren und befriedetsten Länder der Bundesrepublik gemacht hat, auch für die kommenden vier Jahre wollen, und zwar ohne daß die CSU auf einen Koalitionspartner Rücksicht nehmen müßte, der ihr seiner Weltanschauung und seiner politischen Praxis nach diametral entgegengesetzt ist.

winnen, alle Werke der Eisen- und Stahlerzeugung, die Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen sozialisiert werden. Diesem Artikel 41 der hessischen Verfassung sollte ein Ausführungsgesetz folgen, das aber 1950 vom Landtag verworfen wurde. Die inzwischen enteigneten Werke konnten ihre Rentabilität nicht aufrecht erhalten, und das Abschlußgesetz bedeutet nun das unruhliche Ende dieses Versuches der Sozialisierung. Von den 131 zur Sozialisierung vorgesehenen Betrieben blieben nur noch einige wenige übrig. Als Entschädigung für die enteigneten Werke muß der Steuerzahler rund 35 Mill. DM aufbringen.

Aber auch die von der SPD-Regierung durchgeführte Bodenreform war ein Fehlschlag. Das Bodenreform-Entschädigungsgesetz aus dem Jahre 1949 bedeutet nach dem Urteil aller angerufenen hessischen Gerichte einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Insgesamt wurden 15 000 ha Land enteignet, von denen 6000 ha heute noch von einer staatlichen Treuhandgesellschaft verwaltet werden. Die Besitzer wurden völlig unzureichend entschädigt, denn die Regierung setzte den Einheitswert des enteigneten Bodens weit unter dem landesüblichen Preis fest. Nur 10 % dieses Einheitswertes wurden ausbezahlt, der Rest wurde in Schuldverschreibungen abgefolgt. Den neuen Siedlern wurde das billig erworbene Land aber zum normalen Verkehrswert in Rechnung gestellt.

Am Vorabend der Landtagswahl zeigt Hessen das Bild einer Privatwirtschaft, die schnell aufbaut, während überall dort, wo die von der Regierung gesteuerte sozialistische Planung einsetzte, Fehlschläge eintraten. In Hessen hat die Praxis erneut bewiesen, daß der Sozialismus nicht in der Lage ist, wirtschaftliche Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Aus dem hessischen Wahlkampf:

SPD und KPD - Seite an Seite

In einer Bekanntmachung des Bürgermeistersamtes der Gemeinde Bickenbach lesen wir:

„Für die Vorbereitungen zur Wahl und für die Wahl selbst stehen nur den hiesigen beiden Parteien (SPD und KPD) die örtlichen Anschlagtafeln zur Verfügung, und zwar benutzt die SPD die linke und die KPD die rechte Seite. Wir bitten die örtlichen Vereine, diese Anordnung zu beachten.“

Dieser Tatbestand dürfte einmalig in Westdeutschland sein. Die stärkste Partei, die CDU, die den Bundeskanzler stellt und das Hauptverdienst am Wiederaufbau Deutschlands hat, die FDP, aus deren Reihen Bundespräsident Professor Heuss hervorgegangen ist, diesen Parteien ist es in einer Gemeinde des Landes Hessen verboten, die örtlichen, für die Wahlpropaganda zur Verfügung gestellten Anschlagtafeln zu benutzen. Dafür darf die KPD für ihre verderbliche Politik Propaganda machen. Und an der Seite dieser Partei ist allein noch zugelassen die SPD. Da brauchen sich die Sozialdemokraten nicht zu wundern, wenn ihnen immer wieder vorgeworfen wird, sie besorgten in Deutschland allzu oft die Geschäfte Moskaus.

Die Kriegsoffer-Grundrenten

Die Bundesregierung hat beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften eine Erhöhung der Grundrenten in der Kriegsofferverversorgung vorzuschlagen. Gegen diesen Beschluß sind keine Einwände laut geworden. Anderes gilt hinsichtlich der Darlegungen eines Sprechers des Bundesfinanzministeriums, nach welchen die durch diese Erhöhung bedingten Mehraufwendungen dadurch gedeckt werden sollen, daß die an sozial gut gestellte Kriegsoffer zu zahlenden Renten vorläufig teilweise einbehalten werden sollen. Gegen diese Deckungsmöglichkeit sind entschiedene Proteste erhoben worden, nicht zuletzt von der Organisation der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner.

Bei unvoreingenommener Prüfung der Sachlage wird man drei Tatsachen nicht übersehen dürfen:

1. Die Bundesregierung hat gestern festgestellt, die Frage, wie die durch Erhöhung der Grundrenten entstehenden Mehraufwendungen gedeckt werden sollen, sei noch Gegenstand von Erörterungen im Kabinett und unter den Koalitionsfraktionen. Bei der von einem Sprecher des Bundesfinanzministeriums dargelegten Auffassung handle es sich „nur um eine von

mehreren Deckungsmöglichkeiten“. — Man wird diese Erklärung zweifelsohne als authentische Interpretation des Regierungsbeschlusses über die Erhöhung der Grundrenten in der Kriegsofferverversorgung bzw. hinsichtlich der Deckungsvorschläge des Mehrerfordernisses gelten lassen müssen.

2. Abgeordneter Johannes Kunze, Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat erklärt, daß nach seiner Auffassung die stärkste Fraktion des Bundestages nicht bereit sein werde, den erwähnten Vorschlag als diskutabel zu betrachten.

3. In diesem Zusammenhang muß auch an den Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 18. November hingewiesen werden, nach welchem eine Dritte Novelle zum Bundesversorgungsgesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll, wobei auf eine Erhöhung der Grund- und Ausgleichsrente für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und -waisen besonderes Gewicht gelegt wird.

Aus allem geht hervor, daß hinsichtlich der Deckung der beabsichtigten Erhöhung der Grundrenten in der Kriegsofferverversorgung noch keinerlei endgültige Beschlüsse vorliegen.

Wieder Saalschlachten?

Aus dem Wahlkampf in Hessen und Bayern kommen unerfreuliche Meldungen. In Hessen haben kommunistisch-sozialistische Störtrupps Versammlungen gesprengt, Zwischenfälle provoziert, Plakate heruntergerissen und anderen groben Unfug verübt. In einer CSU-Versammlung in Augsburg kam es zu tumultartigen Szenen, der CDU-Abgeordnete Theodor Blank wurde tätlich angegriffen. Auch in einer FDP-Versammlung in Garmisch ging es wild her.

Der Bedarf an „Saalschlachten“ ist für das deutsche Volk in den dreißiger Jahren in einem Ausmaß gedeckt worden, daß die Folgen einer Politik des Terrors, die politische Argumente durch das Bierglas oder das Stuhlbein ersetzte, noch Generationen deutscher Menschen belasten werden. Die Verwilderung politischer Sitten, die sich neuerdings ans Tageslicht wagt, wird ohne Zweifel aus zwei Quellen gespeist: Sie ist einmal das Werk von Elementen, die im Rahmen eines Gesamtplanes die Ordnung und Sicherheit der Bundesrepublik unterwühlen wollen, andererseits auch das traurige Ergebnis mancher Hetzreden und manches Hetzartikels verantwortungsloser „Politiker“. Hier kündigen sich Gefahren an, die — wenn ihnen nicht rechtzeitig mit aller Entschiedenheit begegnet wird — nicht nur eine Partei oder ein politische Gruppierung, sondern alle Demokraten unterschiedslos bedrohen.

Auch zu den sozialdemokratischen Angriffen, die im hessischen und bayerischen Wahlkampf in besonderer Weise Theodor Blank galten, ist ein ernstes Wort zu sagen. Die ältere sozialdemokratische Generation dürfte genau wis-

sen, daß an derselben Stelle, an der jetzt nach dem zweiten Weltkrieg der Sicherheitsbeauftragte Blank steht, nach dem ersten Weltkrieg ein Sozialdemokrat stand — Gustav Noske, der erste Reichswehrminister der Weimarer Republik. Sein geschichtliches Verdienst ist es, das junge Staatswesen vor dem Untergang im bolschewistischen Chaos bewahrt zu haben. Dafür haben ihn damals seine kommunistischen und linkssozialistischen Feinde mit Schimpfnamen belegt. Damals stellten sich die Mehrheitssozialisten entschlossen an die Seite ihres Wehrministers. Heute stellen sich ihre politischen Erben an die Seite derer, die Gustav Noske einen „Bluthund“ nannten und ihn auch heute wieder so nennen würden.

Dehleriana

Dr. Thomas Dehler, der Vorsitzende der FDP, macht es der Presse und der Öffentlichkeit immer schwerer, seinen Gedankengängen zu folgen. Leute, die ihm nahestehen, meinen, er wisse meistens nicht, was er sagen wolle, wenn er die Rednertribüne besteige, und er wisse nicht, was er gesagt habe, wenn er die Tribüne verlasse. Mit Presseinterviews ist es ebenso. Jedenfalls pflegt das Dementi der Äußerung fast ebenso sicher zu folgen, wie der Donner dem Blitz. Während der Pariser Konferenz saßen, wie das „Deutsche Monatsblatt“ erzählt, einige Fraktionsgrößen des Bundestages verschiedener Parteierichtungen in einer Hotelhalle zusammen. Man vertrieb sich die Zeit mit kleinen gegenseitigen Bosheiten. „Bald ist wieder Sonntag“, meint, mit

dem Blick auf Dr. Dehler, ein CDU-Politiker, „da gibt es Gelegenheit zu neuen Sonntagreden.“ Dr. Dehler erwidert: „Am kommenden Sonntag sind sogar zwei Reden fällig, eine in Bayern und eine im Rheinland.“ Darauf der CDU-Politiker: „Das ist ja günstig, Sie können dann im Rheinland bereits dementieren, was Sie in Bayern gesagt haben.“ Und ein anderer von der CSU

Hans Bredow 75 Jahre alt

Staatssekretär a. D. Dr.-Ing. e. h. Hans Bredow führt den Ehrentitel „Vater des deutschen Rundfunks“. Wenn ihn am 26. November d. J. in seiner Wohnung in Wiesbaden die Glückwünsche nicht nur des Bundes und der Länder, der Rundfunkanstalten und ihrer Verwaltungs- und Rundfunkräte, sondern weite Kreise des ganzen deutschen Volkes erreichen, dann brachten sie die tiefe Dankbarkeit für die Leistungen eines Mannes zum Ausdruck, der an seinem Lebensabend die Aufgabe seines Lebens, den Rundfunk dem ganzen Volke dienstbar zu machen, erfüllt sieht. Er ist diesem Rundfunk treu geblieben, auch als er von 1933—1945 Betätigungsverbot hatte. Gleich nach Beendigung des zweiten Weltkrieges begann er, seine Erfahrungen wieder dem Aufbau des neuen Rundfunks zur Verfügung zu stellen. Seine Vorschläge wurden in den Rundfunkgesetzen für Bayern, Hessen, Württemberg-Baden, Bremen und für den SWF weitgehend berücksichtigt. Seine 1952 erschienene Schrift „Zur Neuregelung des Rundfunks“ enthält grundlegende Ausführungen über die Unabhängigkeit des Rundfunks und den Ausgleich der Bundes- und Länderinteressen. Den zahlreichen Glückwünschen für ihr Mitglied Hans Bredow schließt sich die CDU in aufrichtiger Verbundenheit an.

übertrumpft ihn: „Dr. Dehler kann bereits in Bayern dementieren, was er abends im Rheinland sagen will.“

Solche Anekdoten, die den Vorzug haben, wahr zu sein, laufen im interessierten Milieu in immer neuen Variationen um. Auch sein Auftreten in Hessen hat bewiesen, daß Dr. Dehler sich vor seiner Rede anscheinend nicht klar macht, was er sagen und erreichen will. CDU und FDP stehen dort in loyaler Partnerschaft in einem harten Wahlkampf gegen die Alleinherrschaft der SPD. Dr. Dehler, der als Wahlkampfhelfer geholt wurde, hielt dann eine Rede, in der er die Politik des Bundeskanzlers und die CDU aufs schärfste angreift. In Hessen fragt man sich erstaunt: Wir dachten doch, CDU und FDP wollten im Falle eines Wahlsieges eine gemeinsame Regierung bilden? Herr Dehler hatte das wohl im Eifer des Gefechtes vergessen, als er die Treppe zum Rednerpult hinaufstieg. Er macht es selbst seinen Freunden schon schwer, ihn ernst zu nehmen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102
Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Post-scheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 74 87.
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei: L. Leopold, Bonn